



amo

asociace pro mezinárodní otázky
association for international affairs

DEUTSCH-TSCHECHISCHE NACHBARSCHAFTSGESPRÄCHE

2005 – 2007

Jan Šnidauf (Editor)

Die Assoziation für internationale Angelegenheiten (Asociace pro mezinárodní otázky, AMO) ist eine Nichtregierungsorganisation in der Tschechischen Republik. Sie arbeitet als ein Think-Tank, das zum Zweck der Erziehung und Forschung im Bereich der internationalen Beziehungen, sowie der tschechischen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik gegründet wurde. Dank ihrer seit 1995 fortlaufenden Tätigkeit ordnete sich die Assoziation – in ihrem Bereich – zu den führenden Nichtregierungssubjekten in der Tschechischen Republik zu. Das Forschungszentrum der AMO stellt unabhängige Fachanalysen zur Verfügung, bildet einen Raum für Fach- und Öffentlichkeitsdiskussion über Probleme der internationalen Politik, und entwirft deren Lösungen.

www.amo.cz



amo
asociace pro mezinárodní otázky
association for international affairs

Die Robert Bosch Stiftung ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland. Sie wurde 1964 gegründet und setzt die gemeinnützigen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861 - 1942) fort. Die Stiftung beschäftigt sich vorrangig mit den Themenfeldern Völkerverständigung, Bildung und Gesundheit, darüber hinaus befasst sie sich auch mit anderen gesellschaftlichen Fragestellungen / Fragestellungen der Wissenschaft / der Kultur / der humanitären Hilfe.

Förderer

Robert Bosch Stiftung

**DEUTSCH-TSCHECHISCHE
NACHBARSCHAFTSGESPRÄCHE
2005 – 2007**

JAN ŠNAIDAUF
(Editor)



Robert Bosch Stiftung

DEUTSCH-TSCHECHISCHE NACHBARSCHAFTSGESPRÄCHE 2005 – 2007

Aufbereitung: Jan Šnidauf

Autoren: Alena Falathová, Věra Honusková, Romana Lantorová, Jan Šnidauf

Übersetzung: Alena Falathová, Jan Šnidauf

Design: Tomáš Barčík – design studio

Druck: BCS, s. r. o.

Asociace pro mezinárodní otázky (AMO)

Žitná 27, 110 00 Praha 1

tel./fax: +420 224 813 460

info@amo.cz, www.amo.cz

© AMO 2007

ISBN 978-80-87092-07-1

*Herausgabe gefördert von
Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung*

INHALT

Vorwort	6
Über das Projekt	9
Themen	12
Euregios: stagnierendes Experiment oder ungenutztes Potenzial?	12
Medienlandschaft beiderseits der Grenze: ein Qualitätsgefälle?	16
Deutschland und Tschechien in der EU: konvergente oder divergente Interessen?	21
Tschechien und Deutschland: gemeinsame Wirtschaftsprobleme?	26
Migration – deutsche und tschechische Erfahrungen und Herausforderungen für die Zukunft	30
Zivilgesellschaft in der Praxis: Staat versus Bürger?	35

VORWORT

Deutsche und Tschechen sind durch ihre gemeinsame Vergangenheit miteinander verbunden, jedoch auch voneinander getrennt. Jahrhunderte von Macht rivalität innerhalb des Römischen Reiches standen im Zeichen von Allianzen zwischen deutschen und böhmischen Herrschern, jedoch mangelte es auch nicht an Streitigkeiten und blutigen Konflikten. Gelegentliche Aspirationen der Böhmer auf eine führende Position im Reich wechselten sich mit Zeiten der Unterwerfung ab. Das Deutsche und das Böhmische waren allerdings immer wie mit einer Nabelschnur verbunden, denn beide waren Bestandteil desselben geographischen, politischen, ökonomischen als auch kulturellen Raums. Dies galt in vollem Umfang auch in der folgenden Ära, wo das allgemein Deutsche aus der Sicht der Böhmer durch das Österreichische ersetzt wurde – die Konsequenz der Eingliederung in die Habsburger Monarchie. Mit der relativ unlängst verlaufenen Bedeutungsverschiebung des Nationalgedanken vom Landes- und Territorialprinzip zum ethnischen und Sprachprinzip ereignete sich auch ein klares Ausdrücken der Opposition zwischen dem Tschechischen und dem Deutschen – der gemeinsame Kulturraum spaltete sich plötzlich in zwei. In Prag wurde dies zum Beispiel von nationalsprachlich ausgeprägten Theatern oder nationalistisch geführten Jugendschlägereien bezeugt.

Weder der erste Weltkrieg noch die nachfolgende Entstehung der selbständigen Tschechoslowakei mit einer deutschen 3-Millionen-Minderheit halfen in ihren Konsequenzen einer Wiederannäherung nach. Die tragischste Etappe der gegenseitigen Beziehung stand allerdings noch bevor. Der deutsche Nationalsozialismus,

die Kriegereignisse und die durch schwere Verfolgungen gekennzeichnete Okkupation brachten jegliche Vorstellungen von irgendetwas gemeinsamen zum Scheitern. Der folgende Zwangsauszug und die Vertreibung der deutschen Minorität bedeuteten auch das Ende des eigentlichen physischen Nebeneinanderseins beider Nationalitäten. Die gemeinsamen Räume wurden brutal geteilt und in vielen Gemütern wurzelten sich tiefe Aversionen und Vorurteile ein. Die nachträgliche, fast ein halbes Jahrhundert bestehende Zweiteilung der Welt, stellte aus dieser Sicht nur ein Intermezzo dar, das den Status quo beibehielt.

Die bewegten Ereignisse in der Prager westdeutschen Botschaft, die fallende Mauer in Berlin und die tschechische Samtrevolution waren Begebenheiten, die einen Fortschritt in den gegenseitigen Beziehungen zur Folge hatten. Dessen Grundlage wurde durch den Deutsch-Tschechoslowakischen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit aus dem Jahr 1992 gelegt und fünf Jahre später folgte die ‚Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung‘ als Ausdruck des beiderseitigen guten Willens und der Bereitschaft die schwierige Vergangenheit zu überwinden. Die Entwicklung der Ereignisse führte unaufhaltbar zur Wiederverknüpfung des zwangsweise gespaltenen Europa, und zwar in der Form von einer EU-Osterweiterung, eines epochalen Ereignisses in der Geschichte des alten Kontinents. In dem gemeinsamen europäischen geographischen, ökonomischen und teilweise auch politischen und kulturellen Großraum begegnen sich auch die zwei nahen aber gewaltsam geteilten Räume wieder – der deutsche und der tschechische. Obwohl die Wunden der Vergangenheit nur schwer verzeihbar und schon gar nicht abschaffbar sind, ist eine gemeinsame europäische Zukunft eine vielversprechende Hoffnung der Gegenwart. Es mag daher erscheinen, dass die deutsch-tschechische Beziehung nur eins der Elemente des breiten europäischen Rahmens darstellt. Wenn wir aber die Intensität der historischen Beziehung zwischen Böhmen und den deutschen Ländern (einschließlich Österreich) mit der zwischen Böhmen und beispielsweise Portugal vergleichen, dann erscheint eine solche Beschränkung des deutsch-tschechischen Miteinanders auf die allgemein europäische Dimension als verarmend. In Wirklichkeit hat sie doch enorm größere Tiefe und Potenzial, nicht nur wegen der Vergangenheit, sondern auch dank aller heute bestehenden Kontakte. Dies ist der Ausgangspunkt, den das Projekt der Deutsch-tschechischen Nachbarschaftsgespräche ergriffen hat. Im Interesse der Beziehungsentwicklung beider Länder wurde ein Zyklus von Begegnungen zwischen deutschen und tschechischen Vertretern organisiert. Im Laufe eines Jahres trafen sich hervorra-

gende Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens mit ihren Kollegen aus Tschechien sowie mit der breiteren tschechischen Öffentlichkeit. Der Veranstaltungszyklus war von seinem Eingriff in unterschiedliche Gesellschaftssphären geprägt, insbesondere in die Politik, Medien, Wissenschaft, Ökonomie und Zivilgesellschaft. Die deutschen Gäste begegneten jeweils den entsprechenden Partnern aus der Tschechischen Republik, um bei einer aufgeschlossenen wenn auch nicht öffentlichen Diskussion die Gelegenheit zum direkten Austausch von Wissen, Erfahrungen und Ansichten zu nutzen. Die Möglichkeit eines Vergleichs der Situationen beiderseits der Grenze ermöglichte oftmals den Diskutierenden ein tieferes Begreifen. Daneben hatten die deutschen Gäste mittels öffentlicher Ansprachen und anschließender Diskussionen jeweils die Möglichkeit ein breiteres Publikum zu erreichen. Was einen Unterschied zwischen den Deutsch-tschechischen Nachbarschaftsgesprächen und anderen ähnlichen Initiativen darstellte, war einerseits die Orientierung auf aktuelle Gesellschaftsthemen, andererseits die Schaffung von Gelegenheiten zu solchen Begegnungen, die sonst kaum möglich wären. Demzufolge erfüllten sich auch allgemeinere Ziele – die Wiederaufnahme von vergessenen Kontakten und Verknüpfungen sowie die Herstellung von neuen und eine gewisse Wiederbelebung der Sonderbeziehung einer historischen Geistesverwandtschaft, die über den Rahmen des Nebeneinanderstehens im europäischen Raum hinausgeht.

Die vorliegende Broschüre umfasst neben einer kurz gefassten Information zur Idee und Realisierung des Projekts eine Übersicht aller verwirklichten Veranstaltungen, inklusive Zusammenfassungen der Beiträge, Ansprachen und Diskussionen. In Übereinstimmung mit dem Geist der Nachbarschaftsgespräche enthält die Publikation sowohl eine deutsche als auch eine tschechische Version aller Texte. Ihr Wortlaut wurde von den Rednern nicht autorisiert, jedoch handelt es sich nach der Überzeugung der Autoren um zutreffende Resümees.

Der Start und Realisierung der Deutsch-tschechischen Nachbarschaftsgespräche wären ohne die großzügige Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung nie möglich gewesen und dafür darf ich der Stiftung im Namen der Association for International Affairs einen großen Dank und Anerkennung aussprechen. Ein herzliches Danke gehört auch der Deutschen Botschaft in Prag für ihre vorbildliche Zusammenarbeit.

Jan Šnidauf
Autor des Projektkonzepts

ÜBER DAS PROJEKT

Deutsch-tschechische Nachbarschaftsgespräche sind ein Projekt der tschechischen Association for International Affairs (AMO), gefördert von der Robert-Bosch-Stiftung. Das Projekt ist als Zyklus von Besuchen führender deutscher Persönlichkeiten aus verschiedenen Sphären des öffentlichen Lebens konzipiert – aus Politik, Medien, Akademie, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen. Jeder der Besuche hat direkten Bezug auf ein Thema gemeinsamen Interesses der Tschechischen Republik und Deutschlands. In seinem Rahmen nimmt der deutsche Gast jeweils mindestens an zwei komplementären Veranstaltungen teil: einer Diskussionsbegegnung mit der Öffentlichkeit zusammen mit einem entsprechenden tschechischen Partner und an einer Debatte im engen Kreis von Kollegen und Experten in der jeweiligen Problematik. Der öffentliche Teil findet jeweils auf akademischem Boden in Anwesenheit vielfältigen Publikums – mithilfe Simultandolmetschens – statt, während der nichtöffentliche in privater Umgebung mit Kaffee und Kuchen verläuft und die Form einer informellen, unvermittelten Diskussion annimmt. Diese Broschüre informiert über die erste Projektphase, in deren Rahmen sechs Besuche im Zeitraum von April bis Dezember 2006 stattfanden.

Das Ziel des gesamten Projekts ist es, deutsch-tschechische Begegnungen zu vermitteln, die sich anderenfalls nicht ereignen würden, somit Gelegenheiten zu einem direkten Austausch von Wissen, Ansichten sowie Erfahrungen zu schaffen und schließlich bei Knüpfung neuer Kontakte auf professioneller und persönlicher Ebene zu helfen. Das Projekt hat die Ambition im Endeffekt zur langfristigen deutsch-tschechischen Annäherung und Abschaffung von letzten Barrieren beizutragen. Für das Interesse ihrer Zielgruppen, d.h. der breiten Öffentlichkeit wie auch führender Persönlichkeiten aus beiden Ländern, sorgen die Deutsch-tschechischen Nachbarschaftsgespräche durch die Wahl aktueller gesellschaftspolitischer Themen. Und zwar solcher Themen, die nicht nur für die bilaterale Beziehung Deutschlands und Tschechiens Bedeutung haben, sondern auch im breiteren Rahmen der Europäischen Union, der die gemeinsame Zukunft beider Länder gestalten wird.

Bislang haben sich an dem Projekt folgende Persönlichkeiten beteiligt (deutsche Gäste und tschechische Hauptpartner, Reihenfolge nach Stattfinden der Veranstaltungen):

- **Markus Pieper**, Abgeordneter im Europäischen Parlament und Mitglied des Ausschusses für Regionalentwicklung, und Jiří Horáček, Leiter der Abteilung für grenzüberschreitende Zusammenarbeit im tschechischen Ministerium für Regionalentwicklung, zum Thema „Euregios: stagnierendes Experiment oder ungenutztes Potenzial?“ Die Veranstaltung wurde von Helmut Elfenkämper, dem deutschen Botschafter in Prag, eingeleitet.
- **Werner D'Inka**, Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, und Petr Šimůnek, Chefredakteur von Hospodářské noviny, zum Thema „Medienlandschaft beiderseits der Grenze: ein Qualitätsgefälle?“
- **Markus Meckel**, Abgeordneter im Deutschen Bundestag, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und ehemaliger Außenminister der DDR, und Lubomír Zaorálek, Vorsitzender des Abgeordnetenhauses des tschechischen Parlaments, zum Thema „Tschechische Republik und Deutschland in der EU: konvergente oder divergente Interessen?“
- **Edelgard Bulmahn**, Abgeordnete im Deutschen Bundestag und Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie, und Martin Tlapa, Vizeminister für Industrie und Handel, zum Thema „Tschechien und Deutschland: gemeinsame Wirtschaftsprobleme?“
- **Steffen Angenendt**, Forscher der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), und Tomáš Haišman, Leiter der Abteilung für Asyl- und Migrationspolitik im

tschechischen Ministerium des Innern, zum Thema „Migration – deutsche und tschechische Erfahrungen und Herausforderungen für die Zukunft“

- **Annette Zimmer**, Professorin der Westfälischen Universität in Münster, und Jiří Pehe, Direktor von New York University in Prague, zum Thema „Zivilgesellschaft in der Praxis: Staat versus Bürger?“

Das Projekt wurde von der Association for International Affairs im Jahr 2005 konzipiert und seine Realisierung dauerte bis Ende 2006. Im folgenden Jahr wurden Ergebnisse einschließlich der vorliegenden Broschüre verarbeitet. Die Vorbereitung, Leitung und Organisation einzelner Veranstaltungen und Bearbeitung von Ergebnissen wurden von folgenden AMO-Mitarbeitern vollzogen:

Jan Šnidauf

Alena Falathová

Antonín Berdych, Věra Honusková, Romana Lantorová, Jan Prášil, Gita Vašíčková

EUREGIOS: STAGNIERENDES EXPERIMENT ODER UNGENUTZTES POTENZIAL?

MARKUS PIEPER
JIŘÍ HORÁČEK

Wie der Titel andeutet, ging es bei der ersten Veranstaltung des Zyklus „Deutsch-tschechische Nachbarschaftsgespräche“ um die Problematik der europäischen grenzüberschreitenden Regionen, um die sogenannten Euregios. Diese ermöglichen intensive Zusammenarbeit von Gemeinden und Lokal- oder Regionalverwaltungen quer über die Grenzen, wo es im Interesse einer gemeinsamen Entwicklung steht und wo die Staatsgrenzen normalerweise eine solche Entwicklung hindern würden. Die Tschechische Republik hat gegenwärtig dreizehn registrierte Euregios, davon teilt sie je vier mit Deutschland und Polen, je eine mit Österreich und der Slowakei und die restlichen mit mehreren Nachbarn. Diese grenzüberschreitenden Gebiete sind nach dem Muster der ersten Euregio modelliert, die bereits in 1958 an der deutsch-niederländischen Grenze entstand. Das Ausmaß ihrer Aktivität und der Inhalt ihrer Tätigkeit unterscheiden sich wesentlich zwischen einzelnen Fällen und entsprechen den Interessen und Möglichkeiten der beteiligten Lokalitäten. In allen Fällen verfügen die Euregios über Staats- sowie Europa-Gelder zu ihrer Unterstützung.

Dieses Thema, wenig kontrovers auf den ersten Blick, verbirgt in sich eine Reihe von Problemen in den Bereichen Ökonomie und Verwaltung, aber auch Recht und Politik auf der Lokal- und Staatsebene. Die sich entlang der tschechischen Grenze befindenden Euregios sind zudem erst unlängst entstanden, sodass die vermittelte Erfahrung mit ihrem Funktionieren dort, wo sie schon Jahrzehnte existieren, für die tschechische Seite erheblichen Wert haben kann.

Aus diesen Gründen lud die Association for International Affairs als ihren ersten Gast im Rahmen der Deutsch-tschechischen Gespräche Dr. Markus Pieper ein. Er ist Mitglied des Europäischen Parlaments für die Fraktion Europäische Volkspartei – Europäische Demokraten (bzw. für die deutsche CDU) und Mitglied des Ausschusses für regionale Entwicklung. In Übereinstimmung mit der Konzeption der Nachbarschaftsgespräche nahm der Gast an zwei separaten Begegnungen teil: einerseits an dem öffentlichen simultan gedolmetschten Vortrag mit Diskussion, andererseits an der Debatte im engeren Kollegen- und Expertenkreis aus der Tschechischen Republik. Die Veranstaltungen fanden zwischen 21.-22. April statt. Als Partner des deutschen Gasts trat bei dem öffentlichen Vortrag Jiří Horáček auf, Direktor der Abteilung für grenzüberschreitende Zusammenarbeit am tschechischen Ministerium der Regionalentwicklung. Er nahm auch an der Expertendebatte teil, neben Vertretern der eigentlichen Euregios, Medien und akademischen, Regierungs- sowie Nichtregierungsorganisationen, die im gegebenen Bereich fungieren. Der öffentliche Teil des Programms wurde von S.E. Helmut Elfenkämper, dem deutschen Botschafter in Prag, zur Eröffnung des ganzen Zyklus eingeleitet.

In seinem öffentlichen Beitrag wies Markus Pieper auf die Stellung der Euregios im System der Europäischen Union hin. Der EU helfen sie ihre Grundrolle des Friedens- und Wohlstandsgaranten zu erfüllen, wobei Wohlstand sich vor allem aus dem europäischen einheitlichen, von inneren Grenzen uneingeschränkten Raums ergebe. Gerade die Euregios verwirklichen dieses Prinzip in der Lokaldimension und helfen dabei historisch entstandene Diskrepanzen und Ungleichheiten zwischen den beiden Seiten zu beseitigen. Zu diesen Zwecken können sie Gelder aus den EU-Strukturfonds und insbesondere des INTERREG-Fonds schöpfen. Die Methode der Verteilung seiner Finanzmittel erlebte unlängst eine Änderung, die die Finanzierung von Projekten größeren Ausmaßes erheblich vereinfacht – nun kann der Fond ein höheres Prozent der Projektgesamtkosten direkt unterstützen.

Die Zusammenarbeit in den Euregios erhalte nach Pieper mit Ablauf der Zeit neue Qualität und ihre Agenda verbreite sich in den Bereich des Sozialen, z.B. dank der grenzüberschreitenden Pflegedienste. Qualitäts- und Quantitätswachstum der Agenda bringe jedoch auch den Bedarf an Erhöhung der Qualifizierung lokaler Arbeitnehmer mit sich. Im deutsch-tschechischen Raum sieht Markus Pieper mittlerweile ein ungenügendes Ausmaß der an die Euregios übertragenen Kompetenzen, gleichzeitig aber auch mangelnde Bereitschaft seitens der Regionen. Trotzdem können deutsch-tschechische Regionen nicht als stagnierendes Experiment bezeichnet werden, da sie seiner Meinung nach ihre Funktion befriedigend erfüllen.

Jiří Horáček erinnerte in seiner Ansprache an den vierzig-Jahre-Unterschied in der Existenz der Euregios entlang der deutsch-tschechischen Grenze und beispielsweise der deutsch-niederländischen, wo die erste Euregio entstanden war. Dabei lobte er die schnelle Entwicklung der tschechischen Euregios sowohl im Finanzbereich, wo es gelungen ist Beiträge der Gemeinden und Lokalsubjekte zu steigern, als auch in der allmählich wachsenden Agenda gemäß dem Lokalbedarf. Er wies darauf hin, dass ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Euregios darin liegt, für die Schaffung von Gelegenheiten zu zwischenmenschlichen Kontakten zu sorgen, was sie im Wesentlichen auch erfolgreich tun. Ferner betonte er die Vorteile, die die Euregios Bürgern bringen. Dies gelte für alle 13 Regionen an der tschechischen Grenze und für heute schon Hunderte von Projekten, die in ihrem Rahmen realisiert werden. Dabei sei die Finanzierung bereits für die nächste siebenjährige EU-Haushaltsperiode bis 2013 gesichert. Auch Horáčeks Meinung nach erfüllen die Euregios ihre Aufgabe vergleichsweise erfolgreich.

In der Diskussion gehörte die Aufmerksamkeit dem INTERREG-Programm und insbesondere dem Ausmaß der bürokratischen Belastung für diejenigen, die sich um seine Unterstützung bewerben. Die Diskutierenden haben sich geeinigt, dass die aktuellen diesbezüglichen Regelungsreformen – vor allem die laufenden Verteilungen der Finanzmittel – diesen Prozess erleichtern können. Weiter kamen aktuelle Probleme des deutsch-tschechischen Grenzraumes zum Ausdruck, zum Beispiel die Praktiken einiger deutscher Firmen, ihren Müll in die Tschechische Republik zu überführen. Bei der Beantwortung solcher Fragen spielte der anwesende deutsche Botschafter eine Hauptrolle.

Die nichtöffentliche Debatte im engeren Expertenkreis konzentrierte sich auf einige konkrete Fragen. Nach Meinung von Markus Pieper haben deutsch-

tschechische Euregios ungenügende Eigenverantwortung und werden vom Staat nur mit niedriger Subsidiarität behandelt. Jedoch verfügen die Grenzregionen über einen Betrag von einer halben Milliarde Euro, der gleichmäßig von der EU sowie den Staatshaushalten erstattet wird. Der deutsche Gast deutete die Möglichkeit an, mittels eines bilateralen deutsch-tschechischen Abkommens einige Kompetenzen auf die Euregio-Ebene zu übertragen, zum Beispiel in den Bereichen Versorgung und Entsorgung. Jiří Horáček wies in diesem Kontext auf die signifikante Disproportion in den Finanzmitteln hin, die die Euregios beiderseits der Grenze zur Verfügung haben. Die deutschen Gebiete haben seines Erachtens einen grundsätzlichen Vorteil dank der höheren Finanzunterstützung, die sich in der Menge der lokalrealisierten Projekte fühlbar widerspiegelt.

In der Diskussion erschien ein Vorschlag zur Unterstützung der Arbeit der Euregios durch die Gründung von akademischen Kompetenzzentren und ähnlichen Institutionen. Mehrere Diskutierende reagierten darauf mit eindeutiger Missbilligung, da jede Initiative nur innerlich von den Regionen selbst ausgehen müsse. Die von den Euregios direkt organisierten Projekte ernten im Gegensatz allgemeine Anerkennung, unter anderem im Kulturbereich, wo es besonders im tschechisch-bayerischen Grenzraum zu beachtlichen Entwicklungen kam. Alle Teilnehmer der Debatte hatten eine positive Meinung über das Funktionieren der tschechischen, mit Nachbarn geteilten Euregios und äußerten Optimismus bezüglich ihrer weiterer Entwicklung.

Dieser erste, auf die Problematik der Euregios fokussierte Teil der Deutsch-tschechischen Nachbarschaftsgespräche leistete einen realen Beitrag, indem er diese meistens nur in den Grenzregionen geführte Lokaldiskussion in die Hauptstadt zu versetzen schaffte, Begegnungen von wichtigen Persönlichkeiten vermittelte und eine Gesamtperspektive in der deutsch-tschechischen Betrachtung eröffnete. Die Debatte mit der Öffentlichkeit hat ihre Wichtigkeit in Bezug auf eine Reihe von Fragen bestätigt, die von den Gästen beantwortet wurden. Die Nachbarschaftsgespräche starteten also mit einem ausgesprochen „nachbarlichen“ Thema, um in den folgenden Etappen zu allgemeineren Problemen gelangen zu können, die für beide Staaten eine entscheidende Bedeutung tragen.

MEDIENLANDSCHAFT BEIDERSEITS DER GRENZE: EIN QUALITÄTSGEFÄLLE?

WERNER D'INKA
PETR ŠIMŮNEK

Prager Presse, Prager Tagesblatt oder Brünnener Morgenpost stellen nur einen Teil der Zeitungstitel dar, die bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die tschechische Medienszene mit Deutschland in Verbindung setzten. Trotz der unterschiedlichen Entwicklung beider Länder in den letzten vierzig Jahren kam es nach der politischen Wende zur Rückkehr von deutschen Investoren in die tschechischen Printmedien. Während die Pressefreiheit in Deutschland eine lange Tradition hat, muss sie in Tschechien von Anfang an neu gestaltet werden. Es stellt sich die Frage, wie sich die tschechische Medienszene mit diesem Nachteil auseinandersetzen wird. Bei einer genauen Untersuchung der tschechischen und deutschen Zeitungslandschaft ist ersichtlich, dass es in Tschechien kein Zeitungsformat wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung oder die Süddeutsche Zeitung gibt. In Westeuropa gehört allerdings eine Qualitätszeitung zu dem Standard der einheimischen Medienszene. Gibt es also ein Qualitätsgefälle zwischen der deutschen und der tschechischen Medienlandschaft?

Um diese Frage zu beantworten sowie eine einführende Charakterisierung der Struktur beider Medienlandschaften präsentieren zu können, fanden am 4. Juni 2007 eine öffentliche Veranstaltung und eine Expertenrunde zu dem Thema „Medienlandschaft beiderseits der Grenze: Ein Qualitätsgefälle?“ statt. Die Einladung zum Diskussionstisch wurde von führenden Journalisten beider Länder angenommen: Werner D’Inka, Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und Petr Šimůnek, Chefredakteur der (nicht nur) auf Wirtschaft orientierten Tageszeitung *Hospodářské noviny*. Werner D’Inka gehört zu den prominentesten deutschen Journalisten. Seine Karriere fing in der Fernsehsendung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, „Tele FAZ“, an. Nachher wechselte er in die Verwaltung der Zeitung, die er seit 1991 selber mitführt. Neben seiner journalistischen Arbeit ist er auch in dem wissenschaftlichen Bereich tätig. An der Universität in Rostow am Don arbeitet er als Vizedirektor des Unabhängigen Russisch-Deutschen Institutes für Publizistik. Petr Šimůnek hat den Chefredakteur-Posten in „*Hospodářské noviny* (Wirtschaftszeitung)“ inne. Daneben moderiert er die wöchentliche politische Debattensendung des Fernsehsenders Prima TV, „*Nedělní partie* (politische Debattensendung)“. Vorher arbeitete er als Auslandsreporter der österreichischen Presseagentur APA in Prag und als Vizechefredakteur der Tageszeitung *Mladá Fronta DNES*.

Der tschechische und der deutsche Medienmarkt sind zum großen Teil sehr unterschiedlich, was auf die unterschiedlichen territorialen, demographischen und historisch gegebenen Bedingungen zurückzuführen ist.

Die deutsche Printmedienszene ist in vielen Aspekten sehr spezifisch, insbesondere wegen ihrer Zersplitterung. Von den 359 deutschen Tageszeitungen sind 348 lokale oder regionale Titel, nur elf Zeitungen erscheinen überregional. Traditionell ist die deutsche Tagespresse überwiegend mittelständisch strukturiert, jedoch kam es in der letzten Zeit zur Veränderung dieser traditionellen Struktur. Es traten ausländische Investoren eines neuen Typus auf den deutschen Medienmarkt, die viele deutsche Zeitungsunternehmen mit dem Ziel übernahmen, den Gewinn zu maximieren. Dies ist z.B. bei der Berliner Zeitung der Fall, die von dem britischen Investoren David Montgomery gekauft wurde. Zeitungen unterliegen den gleichen Marktmechanismen wie alle anderen Produkte, doch besteht bei ihnen ein Unterschied zu anderen Waren, weil sie für das politische und gesellschaftliche Leben konstitutiv sind. Konzentrationsprozesse auf dem Markt (Einschränkungen des Pluralismus) erscheinen als eine Gefahr für die Pressefreiheit und die

Meinungsvielfalt. Deshalb benötigt es in der Mediensphäre gewisser Kontrollmechanismen. In Deutschland wird diese Rolle von dem Kartellamt übernommen, das den freien Wettbewerb auf dem Markt überwacht und der Bildung von Kartellen vorbeugt, während sich in der Tschechischen Republik mit diesen Problemen der Rat für Rundfunk- und Fernsehsendung beschäftigt. Leider wird dieser Problematik in Tschechien in den Medien und generell in der Gesellschaft zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet.

Eines der größten Probleme, denen die deutschen Medien in der letzten Zeit begegneten, war die wirtschaftliche Krise von 2000-2003. Sie wurde von einer Senkung der Anzahl der Zeitungsabonnenten und von Verlusten in der Anzeigenwerbung – meistens zugunsten der Internetmedien – begleitet. Mit harten Sparmaßnahmen und Reduktionen in der Auflage haben deutsche Zeitungsgesellschaften die Krise überstanden. Fast überall kam es zu Entlassungen, einschließlich in den Redaktionen, was zu einer Verringerung des Angebots führte. Auf der anderen Seite haben die Zeitungsunternehmen infolge der Krise ihr Angebot in die Bereiche Bücher, Lexiken, CDs und DVDs erweitert. Im Gegensatz zu den deutschen Medien sind die tschechischen bis jetzt keiner solchen Existenzkrise ausgestellt worden. Ganz im Gegenteil locken sie ausländische Investoren an. Es herrschen keine ähnlichen Ängste vor solchen Investoren wie in Deutschland und diese werden von tschechischen Journalisten im Gegenteil meistens als positiv empfunden. Vor allem mit den Investoren aus Deutschland haben, die tschechischen Redaktionen gute Erfahrungen, weil sie im Unterschied zu tschechischen Investoren keine direkten Interessen in anderen Bereichen haben, wie z.B. in der Industrie, und somit keine Tendenzen haben, die Redaktionen in der Themenauswahl und ihrer journalistischen Arbeit zu beeinflussen.

Besteht also ein Qualitätsgefälle zwischen den deutschen und tschechischen Medien? Eine allgemeine Definition des Begriffs Qualität ist im Journalismus bis jetzt nicht formuliert worden. Jedoch gibt es eine weitgehende Übereinstimmung über Qualitätsindikatoren, die der Kodex des Deutschen Presserates sowie der Ethische Kodex des Tschechischen Journalistensyndikats als Leitlinien für journalistische Arbeit festlegten. In beiden Fällen sind die Leitlinien ähnlich und gehen von Relevanz, Wahrheitstreue und Unabhängigkeit der Journalisten aus, bis hin zum Schutz von Informationsquellen. Im Unterschied zu Deutschland gibt es in der Tschechischen Republik keine wirkliche Qualitätszeitung wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Die Gründe dafür sind allerdings wirtschaftlich-

er Natur, weil der tschechische Zeitungsmarkt relativ klein ist und dieser Zeitungstypus nicht rentabel wäre. Einen weiteren Faktor stellt das Leserinteresse dar, das in beiden Ländern eine sinkende Tendenz aufweist. Mit wachsender Kommerzialisierung werden die Journalisten beiderseits der Grenze dazu gezwungen, sich nach den Interessen der Leser zu richten, was auch auf die Qualität der Zeitung Einfluss nehmen kann.

Ein Qualitätsgefälle besteht also nicht in einer unterschiedlichen Auffassung von Qualität als Begriff, sondern ist von ökonomischen und historischen Faktoren bestimmt. Die Journalisten in der Tschechischen Republik mussten eine vierzigjährige Lücke ohne freie Entwicklung überbrücken und gleichzeitig wurden sie mit Veränderungen in der Gesellschaft und mit der Einführung von Internet konfrontiert. Bis heute mangelt es in Tschechien an guten Möglichkeiten journalistischer Universitätsausbildung, die zukünftige Journalisten auf die Praxis theoretisch wie auch in ausreichender Weise praktisch vorbereiten würde. Tschechische Redaktionen sind gezwungen ihre eigenen Mitarbeiter für die Zeitungsarbeit selber zu qualifizieren, anstatt bereits fachkundige Journalisten einstellen zu können. Es kommt auch vor, dass die Universitätsabsolventen nicht in der Lage sind, einen akzeptablen Artikel zu schreiben. Im Gegensatz dazu sind ausgebildete junge Journalisten, die Erfahrungen aus ausländischen Universitäten oder Zeitungsredaktionen haben meistens für die Praxis besser vorbereitet, als diejenigen, die nur in Tschechien studiert haben. In *Hospodářské noviny* werden die Bewerber mit Auslandserfahrungen vor anderen Interessenten bevorzugt. Obwohl die meisten jungen tschechischen Journalisten fähig sind, schnell zu lernen, gibt es in der Regel noch keine einzigartigen journalistischen Persönlichkeiten. Das spiegelt sich dann natürlich in der Qualität wider.

Ein weiterer Unterschied mit klaren Auswirkungen auf Qualität ist das Alter der Journalisten in führenden Redaktionspositionen. In der Tschechischen Republik ist es keine Ausnahme, dass die Chefredakteure der überregionalen Zeitungen an die dreißig Jahre alt sind. Auch das Durchschnittsalter in vielen Redaktionen ist um die dreißig Jahre. Daneben bietet der tschechische Arbeitsmarkt für Journalisten eine Reihe von Arbeitsmöglichkeiten, weil es gegenwärtig zu einem raschen Anstieg der Menge herausgegebener Titel kommt und dadurch der Bedarf an Journalisten steigt. In Deutschland sieht die Situation ganz anders aus, indem die Führungspositionen durch ältere und erfahrenere Journalisten besetzt werden. Es ist gewöhnlich, dass neu angestellte Journalisten in ihren ersten Jahren keinen festen

Posten haben, sondern eine Runde in der Redaktion machen, um Erfahrungen aus allen Bereichen zu sammeln. In tschechischen Redaktionen ist dies nie der Fall. Trotz der unterschiedlichen Strukturen und historischen Entwicklungen begegnen die deutsche und tschechische Presse ähnlichen Problemen – der Senkung von Leseranzahl und der Steigerung des Internetnutzens als alternativen Mediums. Im Bereich der Qualitätszeitungen kommt es zu einer Änderung der Funktion, die die Qualitätspresse zu erfüllen hat. Sie sollte sich mehr auf tiefgehende Analysen und Kommentare richten, anstatt allgemeine Informationen über aktuelle Ereignisse zu bringen. Keiner der beiden Hauptredner der Debatte glaubt, dass das Internet zum Untergang der Presse führen wird. Der Optimismus geht von der Tatsache aus, dass – trotz aller Ängste in der Vergangenheit – weder Rundfunk noch Fernsehen auf die Presse einen solchen fatalen Einfluss ausgeübt hatten.

TSCHECHISCHE REPUBLIK UND DEUTSCHLAND IN DER EU: KONVERGENTE ODER DIVERGENTE INTERESSEN?

MARKUS MECKEL
LUBOMÍR ZAORÁLEK

Die deutsch-tschechische Beziehung auf der politischen Ebene ist immer noch nicht zu einer Standardbeziehung zweier europäischer demokratischer Nachbarstaaten geworden. Obwohl schon mehr als sechs Jahrzehnte seit dem zweiten Weltkrieg und den darauffolgenden Ereignissen vergangen sind, hat das deutsch-tschechische Verhältnis seine politische Empfindlichkeit bisher nicht ganz verloren. Der Tatsache zugrunde stehen einige Bevölkerungsgruppen auf beiden Seiten, die die Vergangenheit in einer direkten Verbindung mit gegenwärtigem Geschehen setzen. Natürlich finden sie dann Unterstützung bei einigen Politikern, die laut der Logik des Ringens um die Wählergunst in der Repräsentation dieser Gruppen ihre politische Chance sehen.

Seit dem Fall der ostdeutschen und tschechischen Regimes und seit der erneuten Kontaktaufnahme zwischen der demokratischen Tschechoslowakei und dem wiedervereinigten Deutschland ist es ein gutes Zeichen gewesen, dass solche opportunistischen, in die Vergangenheit gewandten Tendenzen auf keiner der Seiten eine Mehrheit gewannen. Das reziproke Entgegenkommen beider Staatsoberhaupter sowie ihrer Regierungen wirkte zugunsten eines positiven deutsch-tschechischen Klimas und gegen jegliche Versuche, alte negative Gefühle in die Gegenwart zu versetzen. Eine Art Gipfel dieser Entwicklung war die Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung von 1997.

Zudem wurde die Beziehung zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik um eine weitere Grundsatzdimension im Jahre 2004 erweitert, indem Tschechien der EU beitrat. Die Begegnungen von Vertretern beider Länder bei unzähligen Gelegenheiten des EU-Geschehens zeigten, dass praktischen Kontakten und der Zusammenarbeit mit Deutschland die Vergangenheit keinesfalls im Wege steht. Im Gegenteil scheint es, dass die gesamteuropäische Optik das traditionelle bilaterale Deutschland-Tschechien-Verhältnis wesentlich ändert und ihm andere Gestalten verleiht – „alter“ Mitgliedstaat und „neuer“, „großes“ Land und „mittelgroßes“ usw. Das deutsch-tschechische Miteinander kann nunmehr ohne Referenzen auf die gemeinsame Mitgliedschaft in der EU nicht diskutiert werden.

Es gilt: der beste Vorgang zur endgültigen Versöhnung ist nicht die Ausgrenzung der Vergangenheitsthemen aus der politischen Debatte oder ihre Tabuisierung, sondern ganz im Gegenteil ihre Präsenz und Anerkennung ihrer Bedeutung für die Geschichte und Zukunft beider Länder. Wie immer und überall, nimmt eine offene aufrichtige Debatte allen Radikalen und Brüllern den Wind aus den Segeln. Mit diesem Bewusstsein lud die Association for International Affairs einen der bekanntesten deutschen Politiker nach Prag ein: Markus Meckel, SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag und Mitglied dessen Auswärtigen Ausschusses. Ursprünglich evangelischer Pfarrer und tätig in der antikommunistischen Opposition, wurde Meckel im Laufe der bewegten Ereignisse um die deutsche Wiedervereinigung für einige Monate im Jahr 1990 zum DDR-Außenminister. Deshalb spielte er eine bedeutende Rolle in den damaligen Beziehungen der deutschen Republiken gegenüber ihren östlichen Nachbarn, insbesondere Polen und der Tschechoslowakei. Seit dieser Zeit ist er Abgeordneter und stellvertretender außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

In Prag nahm der Gast an einer Serie von Veranstaltungen teil, und zwar als Sprecher bei der internationalen Konferenz zum Thema „Demokratisierung in äußeren Politiken der EU“, aber vor allem als Hauptfigur des dritten Teiles in der Kette der Deutsch-tschechischen Nachbarschaftsgespräche. In diesem Rahmen absolvierte er zwei Veranstaltungen. Die erste war die Diskussion im engen Kreis am 21. September im Abgeordnetenhaus des tschechischen Parlaments, wo sich Markus Meckel mit tschechischen Kollegen und Experten aus relevanten tschechischen Institutionen traf. Das weitere und vielleicht wichtigste Ereignis war an demselben Tag der öffentliche Vortrag mit Diskussion, wo der deutsche Gast als Hauptredner zusammen mit seinem tschechischen Partner auftrat. Die Partnerrolle nahm Lubomír Zaorálek an, Vorsitzender des Abgeordnetenhauses des Parlaments und Mitglied der Tschechischen Sozialdemokratie, ergo Partnerpartei der SPD. Das Simultandolmetschen erleichterte dem tschechischen Publikum das Zuhören bei den Eröffnungsbeiträgen der Redner sowie der nachfolgenden Diskussion mit dutzenden anwesenden Teilnehmern. Unter ihnen war auch Karel Schwarzenberg, der spätere Außenminister der Tschechischen Republik.

Markus Meckel legte in seiner Rede eine besondere Betonung auf die europäische Dimension der deutsch-tschechischen Beziehungen, die seines Erachtens neue Betrachtungsweisen sowie Versprechen für die Zukunft biete. Diesen Effekt erhob er als eines der wichtigsten Ergebnisse des EU-Erweiterungsprozesses auch in breiterer Perspektive weiterer Länder Mittel- und Osteuropas. Er vermittelte einen Blick auf die EU als eine historisch beispiellose friedensstiftende Grundlage, die es seit ihrer Entstehung geschafft hat, sowohl offenen bewaffneten Konflikten wie auch latenten nationalen und anderen Antagonismen vorzubeugen. Daneben sei Europa eine Garantie für Freiheit und Wohlstand und somit im Ganzen ein Beispiel für friedliches und gegenseitig vorteilhaftes Zusammenleben von Völkern. Dabei sei es im Falle der Tschechischen Republik um keine unüberlegte Erweiterung gegangen, die aus politischen Gründen geschehen wäre und festgelegte Kriterien nicht erfüllt hätte – solche Erweiterung müsse verhindert werden! Sondern es ging um die finale Anerkennung der langen Bemühung Tschechiens um den Beitritt.

Der eigentliche deutsch-tschechische Kontext fordere nach Meckel zum Nachdenken über den Begriff Vertreibung auf; diese sei bedauernswürdiger Bestandteil des damaligen tragischen Geschehens gewesen und man könne sich

in Zusammenhang mit der Gegenwart und jeglichen gegenwärtigen Ansprüchen nicht darauf berufen. Die gemeinsame deutsch-tschechische Historikerkommission hat übrigens bereits zu einem breiten Einverständnis über ein ganzes Spektrum von Vergangenheitsfragen gelangen können und beide Länder haben die Möglichkeit, sich ohne andauernde Belastung den Zukunftsangelegenheiten zu widmen. Der Begriff im Plural (Vertreibungen) sei aber Meckels Meinung nach im Allgemeinen auch heute wichtig, da es auf vielen Stellen der Welt immer wieder zu Vertreibungsfällen kommt. Die europäische Politik müsse sich also hinsichtlich der eigenen historischen Erfahrungen dafür einsetzen, dass solche Sachen nicht geschehen. Markus Meckel erwähnte zum Schluss, wie wichtig die Unterstützung der Demokratie ist, insbesondere in den EU-Nachbarländern. Ehemalige Länder des Ostblocks inklusive Tschechiens (wie auch seines gebürtigen Ostdeutschlands) können seiner Meinung nach zu diesem Anliegen wesentlich beitragen, dank ihrer noch frischen Erfahrungen mit dem Übergang von Totalität zu Demokratie.

Lubomír Zaorálek bot einen etwas unterschiedlichen Blick auf die Problematik der deutsch-tschechischen Beziehungen und präsentierte die Perspektive der Nationalinteressen beider Länder. Das tschechische Interesse sei ein legitim genutzter Begriff vor allem im Kontext der heutigen EU, wo kleine und mittlere Länder einschließlich der Tschechischen Republik imstande sein müssen, ihre Interessen klar zu formulieren. Der Parlamentsvorsitzende war sich mit dem deutschen Kollegen völlig einig darin, dass die gemeinsame Vergangenheit Deutschlands und Tschechiens Objekt der Diskussion sein muss, damit sie nicht in Vergessenheit gerät. Die Diskussion an sich sei allerdings Zaoráleks Meinung nach kein Allheilmittel, insbesondere wenn sie sich gewisser Kontrolle entziehen und sich zu viel radikalisieren kann. Genau das sei in Zusammenhang mit einigen Problemen der deutsch-tschechischen Geschichte geschehen und sei in unangenehme und potenziell gefährliche Situationen resultiert.

Allerdings sieht auch Lubomír Zaorálek ein klares Versprechen einer Überwindung der vergangenen Konflikte in der europäischen Integration, die mit dem tschechischen Nationalinteresse völlig im Einklang steht. In diesem Kontext erwähnte der Parlamentsvorsitzende mit scharfer Kritik einige Haltungen der gegenwärtigen tschechischen Regierung, die zu nahe einer totalen Ablehnung tieferer Integration seien, inklusive Vertiefung der Außen- und Sozialpolitiken. Zaorálek sprach ferner über die Deutsch-tschechische Erklärung, in der seiner

Meinung nach all das Wichtige gesagt worden sei, was beide Länder zu einigen schmerzhaften Angelegenheiten der Geschichte, konkreten historischen Ereignissen und in Bezug auf konkrete Bevölkerungsgruppen mitteilen wollten. Die Erklärung sei somit ein hervorragendes Dokument, das die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen ermögliche, natürlich mit Rücksicht auf konkrete Interessen beider Länder.

Im Ganzen ergab sich aus den Worten beider Politiker klarer Optimismus, sowohl bezüglich guter künftiger Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen als auch der gemeinsamen Zukunft in der Europäischen Union. In diesem Geist erklangen dann auch die Antworten auf eine Menge Fragen des Publikums. Ein Nachweis für gegenseitiges Verstehen beider Redner – trotz kleinerer Unterschiede in ihrer Rhetorik – war ihre Entscheidung, die Begegnung noch mit einem informellen Gespräch bei einer Tasse Kaffee unter vier Augen abzuschließen. Das deklarierte Ziel der Deutsch-tschechischen Nachbarschaftsgespräche, ergo die Gelegenheit zu schaffen und aktiv der deutsch-tschechischen Annäherung nachzuhelfen, war somit erfüllt.

TSCHECHIEN UND DEUTSCHLAND: GEMEINSAME WIRTSCHAFTSPROBLEME?

EDELGARD BULMAHN
MARTIN TLAPA

Die Nachbarstaaten Deutschland und die Tschechische Republik sind trotz der gemeinsamen problematischen Vergangenheit heutzutage mittels einer Reihe von wirtschaftlichen und politischen Interessen verbunden. Die letzten Wahlergebnisse, welche keiner der Volksparteien eine ausreichende Mehrheit sicherten, um eine genügend reformfähige Regierung zu bilden, stellen nur einen Aspekt der gemeinsamen Probleme, denen die beiden Länder in der jüngsten Vergangenheit begegneten, dar. Deutschland sowie Tschechien benötigen eine schnelle Durchführung von Reformen, um das ökonomische Wachstum zu sichern und die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung sowie andere Ziele der Europäischen Union zu erfüllen.

In dem Wirtschaftsbereich sind die gemeinsamen Verbindungen offensichtlich – Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der Tschechischen Republik mit ca. einem Drittelanteil ihres Außenhandelsumsatzes – der deutsche Anteil an dem tschechischen Export war in dem ersten Halbjahr 2006 35,5% und der Importanteil war 29,5%. Im Jahre 2004 überstieg zum ersten Mal der gemeinsame Außenhandelsumsatz eine Billion Kronen und diese positive Entwicklung weist eine wachsende Tendenz auf. Die Tschechische Republik ist zu einem dauerhaft wichtigen deutschen Handelspartner geworden. In dem deutschen

Handelsgeschäft nimmt sie den 12. Platz ein, im Export sowie im Import. Tschechien hat dadurch solche großen Weltwirtschaftsländer wie Japan oder Russland im Export und Polen, Ungarn, sogar Irland und Norwegen im Import überholt. Nicht nur tschechische Firmen suchen auf dem deutschen Wirtschaftsmarkt nach Gelegenheiten, sondern auch deutsche Firmen zeigen ein steigendes Interesse an dem tschechischen Markt. Laut der letzten Hochrechnungen investieren ca. 2000 deutsche Firmen in der Tschechischen Republik. Die höchste deutsche Direktinvestition seit 1990 ist die des Volkswagen-Konzerns, die sich auf Škoda Mladá Boleslav richtete. Auch generell gehört diese Direktinvestition zu den höchsten in Tschechien.

Im Rahmen des Projekts der Deutsch-Tschechischen Nachbarschaftsgespräche fand am 17. Oktober 2006 eine öffentliche Veranstaltung und eine Expertenrunde statt, wo die Vertreter der beiden Länder über das Thema der gemeinsamen Wirtschaftsprobleme diskutierten. Die zu lösenden Hauptthemen entstanden aus den aktuellen Problemen der beiden Volkswirtschaften; die Reformen des Arbeitsmarktes, des Steuersystems und des Defizits der staatlichen Finanzen, die Lissabonstrategie und ihre Erfüllung sowie gemeinsame Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Tschechien und ihre weitere Entfaltung.

Die deutsche Seite wurde von Frau Edelgard Bulmahn vertreten, der Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages. In den Jahren 1995 und 1996 war sie Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Danach stand sie in der Funktion der Sprecherin für Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion. Von 1998 bis 2005 war sie Bundesministerin für Forschung und Bildung. Von 1998 bis 2003 arbeitete sie als Landesvorsitzende der SPD Niedersachsen. Als der tschechische Hauptredner trat Martin Tlapa, Vizeminister für Industrie und Handel, auf. Von 1992 bis 1996 führte er die Wirtschaftsabteilung in der Botschaft der Tschechischen Republik in Kanada. Danach arbeitete er als Generaldirektor der staatlichen Agentur CzechTrade. Von 2004 ist er Vizeminister für Industrie und Handel und daher verantwortlich für die Ressorts Handelspolitik und Europäische Integration, EU-Strukturfonds, europäischen Binnenhandel sowie Wirtschaftsbeziehungen und Dienstleistungen.

Deutsch-tschechische Beziehungen können als problemlos bezeichnet werden. Auch dank gemeinsamer Diskussionen wie diese gelingt es den beiden Ländern,

die sensiblen Phasen ihrer Geschichte zu überwinden. Die erfolversprechende Entwicklung der Tschechischen Republik, der Beitritt zur EU und die Planung einer gemeinsamen Zukunft bilden positive Aspekte der deutsch-tschechischen Beziehungen. Als ein Beispiel für funktionierende deutsch-tschechische Zusammenarbeit kann die jüngste Mitwirkung der beiden Länder während der EU-Ratsverhandlungen und Abstimmung gegen die Erhöhung der Bierverbrauchersteuer genannt werden. Wirtschaftsprobleme der Tschechischen Republik und Deutschlands unterscheiden sich kaum. Vor allem die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt verkörpert eine der größten Herausforderungen – man kann nicht nur durch niedrige Löhne gewinnen, sondern es muss in Forschung, Wissenschaft und Technologien investiert werden.

Einer der wichtigsten Aspekte, die die Wirtschaft grundsätzlich beeinflussen, ist die Steuerpolitik. In den vergangenen Jahren kam es in Deutschland zur Senkung der Einkommenssteuer für die Unternehmen. Die Haupterwägung war, durch die Erweiterung der Bemessungsgrundlage den Steuersatz senken zu können. Dies ist mittlerweile verwirklicht worden. Weitere wichtige Punkte für die deutsche Zukunft werden die Erbsteuer und die Übernahmen von Unternehmen sein. Für die Tschechische Republik ist es notwendig, in kurzer Zeit die Steuerreform zu verwirklichen. Es besteht Bedarf an einer starken politischen Repräsentation, die dazu fähig wäre, diese Reform durchzuführen. Dabei stellt die Senkung von indirekten Arbeitskosten den wichtigsten Bereich dar, der reformiert werden sollte.

Im Bereich der Sozialversicherung kann die Rentenreform als Beispiel erwähnt werden, die im Jahre 2001 durchgeführt wurde und deren Ziel es war, das private Rentensparen einzuführen. Eine kurzfristige Krisenphase nach der Reform wurde bewältigt und das System stabilisiert. Eine Gesundheitsreform benötigt man in der Tschechischen Republik sowie in Deutschland. In Deutschland zielt die Reform auf die Einigung von Beitragskosten, deren Höhe heutzutage von der lokalen ökonomischen Prosperität abhängt. Im Gesundheits- sowie Sozialversicherungsbereich würden die künftigen tschechischen Reformen daraus profitieren, wenn sich das Land durch die in den Nachbarländern – inklusive Deutschland – durchgeführten Maßnahmen inspirieren würde. So könnte Tschechien den Problemen vorbeugen, die diese Länder nach der Realisierung der Reformen zu bewältigen hatten.

Die Lissabon-Strategie, die von der Tschechischen Republik sowie von Deutschland ratifiziert wurde, scheint in manchen Zielsetzungen zu ambitioniert zu sein – z.B. die

Errichtung eines dynamischen Wirtschaftsraums, Erhöhung von Ausgaben für Wissenschaft und Forschung, Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energiequellen oder Errichtung des europäischen Forschungs- und Innovationsraumes. Diese Zielsetzungen müssen mit der Realität in Einklang gebracht werden. Deutschland sollte sich den nachhaltigen Wachstum bei gleichzeitiger Konsolidierung der Staatshaushalte als Priorität setzen. Das gilt auch für den Ausbau der Informationsgesellschaft, einer konkurrenzfähigen Marktgestaltung, und für die Bereitschaft zu einer tiefgreifenden Auseinandersetzung mit neuen Herausforderungen des Arbeitsmarkts. Die bestehende Priorität ist Errichtung einer auf Kenntnissen und Informationen gegründeten Gesellschaft mittels Investitionen in Entwicklung, Forschung und Aktionsprogramme (wie z.B. „High-Tech“). Wichtig ist weiterhin die Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Institutionen und kleinen Unternehmern, sowie die anfängliche Förderung von Unternehmern, die neue Technologien entwickeln, ferner Aktionsprogramme im Bereich Kommunikationstechnologien (z.B. „D21“, dessen bereits 2002 erfülltes Ziel es war, alle deutschen Schulen bis 2010 mit dem Internet zu verbinden), Erhöhung der Anzahl von Haushalten mit Internetanschluss usw.

Die Tschechische Republik hält die Lissabon-Strategie für einen ambitionierten Plan mit großem Beitragspotenzial. Doch hat es der tschechische Staat bis jetzt nicht geschafft, für die Lissabon-Strategie ausreichend zu werben und sie den Unternehmern zutreffend zu erklären. Unter den Zielen der Lissabon-Strategie sollte Tschechien vor allem ein Hauptziel verfolgen: die Erfüllung der Grundfreiheiten des Binnenmarktes, weil bis heute von den vier nur zwei vollzogen worden sind, während Dienstleistungs- und Arbeitskraftfreiheit noch verhandelt werden müssen. Auch die Tschechische Republik betrachtet die Bildung einer auf Informationen und Kenntnissen gegründeten Gesellschaft als notwendig. Obwohl es in Tschechien in diesem Kontext keine spezifischen Ressourcen gibt, ist das Land ‚technologisch findig‘ und das stellt einen Konkurrenzvorteil dar.

Heutzutage ist Deutschland der wichtigste Handelspartner der Tschechischen Republik und im wirtschaftlichen Bereich sind die beiden Länder durch vieles verbunden. In der Zukunft wird es entscheidend sein, die Wichtigkeit der gemeinsamen Beziehungen und deren Pflege nicht zu unterschätzen, sondern sie aktiv weiter zu entwickeln. Dabei werden die politischen und diplomatischen Vertretungen in Berlin wie auch in Prag eine wichtige Rolle spielen.

MIGRATION – DEUTSCHE UND TSCHECHISCHE ERFAHRUNGEN UND HER- AUSFORDERUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT

STEFFEN ANGENENDT
TOMÁŠ HAIŠMAN

Migration gehört heutzutage zu den bedeutendsten Erscheinungen der Welt. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts entwickelte sich das Problem zu einem der wichtigsten in dem vereinten Europa. Die Europäischen Gemeinschaften bzw. die Europäische Union ist heute auf dem Prinzip der Bewegungsfreiheit gegründet, inklusive Bewegung von Menschen. Als Folge dieses Privilegs, das für die Bürger der Europäischen Union eingeführt wurde, kommt es zur freien Migration von Menschen aus Drittländern. Dadurch sind neue schwer zu lösende Herausforderungen erschienen. Um dieses entstehende Phänomen zu vermeiden, fingen die europäischen Länder in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts an, einige Maßnahmen zu koordinieren. Vor allem im Bereich der Asylpolitik und Flüchtlingen nahmen die Mitgliedstaaten mehrere Dokumente an,

unter anderem die so genannten Londoner Dokumente, welche die Sicherheit und die Beschleunigung des Verwaltungsprozesses in Asylrechts- und anderen Fällen betonen. Jedoch zeigte sich, dass eine noch engere Kooperation benötigt sein wird. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union griffen darauffolgend zu einer Maßnahme, die für den Bereich der Migration weitgehende Folgen hat: der Amsterdamer Vertrag (der die Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaft und den EU-Vertrag änderte) versetzte im Jahre 1997 den Bereich Migration in den sog. ersten Pfeiler der EU. Der Entscheidungsprozess wurde dadurch aus der Ebene der Regierungen der jeweiligen Länder auf die supranationale Ebene, also in die Kompetenz der EU-Institutionen, übertragen.

Auf der gleichen Art und Weise wurde auch ein Teil des Schengen-Abkommens in den ersten Pfeiler versetzt. Gemeinsam mit der Koordinierung der Asylpolitik und Flüchtlingsproblematik fing auch die Sicherheit an eine wichtige Rolle zu spielen; dieser Aspekt dominiert die langfristigen Pläne des Europäischen Rates, vor allem in dem Programm aus Tampere (1999) und noch mehr in dem Haager Programm (2004), das von der Entwicklung in den letzten Jahren (z.B. Terroranschläge) beeinflusst ist. Die Migration wird da als eine Gefahr verstanden. Sowohl die Tschechische Republik als auch Deutschland sind Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, sodass beide Staaten die Maßnahmen der Europäischen Union bzw. der Europäischen Gemeinschaft implementieren. In beide Länder strömen Ausländer und so müssen beide eine Anzahl ähnlicher Probleme bewältigen.

Die Einladung zum Besuch der Tschechischen Republik und zum Erfahrungsaustausch im Bereich der Migration nahm Dr. Steffen Angenendt, Forscher der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), an. Er spezialisiert sich auf die Problematik der Demografie, Migration und Sicherheit. Dr. Angenendt arbeitete als Forscher der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, sowohl als Forscher an dem Institut für politische Wissenschaft an der Freien Universität in Berlin, Berater von UNICEF, UNHCR, dem Roten Kreuz, IOM und anderen Institutionen. Weiterhin war er als Mitglied der unabhängigen deutschen Kommission für Integrationsreform (so genannte Süßmuth-Kommission) tätig. Im Rahmen seines zweitägigen Prag-Besuches fand in den Räumlichkeiten von CERGE-EI (dem Ökonomie-Institut der Tschechischen Akademie der Wissenschaften) eine öffentliche Debatte zum Thema „Demographische Veränderungen, Migration und Sicherheit“ statt. Als tschechischer Hauptredner trat PhDr. Tomáš Hášman, Leiter der Abteilung für Asyl- und

Migrationspolitik des tschechischen Innenministeriums, auf. Tomáš Haišmans Abteilung beschäftigt sich mit der Migrationproblematik aus der Sicht einer langfristigen Konzeption. Weiterhin unterliegen seiner Leitung die Problematik der Asylbewerber und Asylanten sowie einige Aspekte von Integration etc.

Während der zwei Tage wurden vor allem folgende Hauptthemen behandelt: demographische Veränderungen, politische Herausforderungen, Sicherheit und Möglichkeiten der nationalen und internationalen Politik.

Im Bereich Demografie und Migration liegt das grundsätzliche Phänomen in der ungünstigen Entwicklung von Geburtsraten in Europa sowie auf anderen Kontinenten. In Europa sind die Geburtsraten sehr niedrig und dennoch haben sie eine sinkende Tendenz. Es kann davon ausgegangen werden, dass die europäische Bevölkerung in der Zukunft nur ein Bruchteil von der Weltbevölkerung bilden wird (im Vergleich zu Asien und Afrika). Der Mangel an Menschenanzahl und vor allen an Arbeitskräften stellt in Europa eine Gefahr dar. Sowohl Deutschland als auch Tschechien müssen das Problem der immer älter werdenden Gesellschaft lösen. Ende der 90er Jahren begann in der Tschechischen Republik eine Diskussion über die Sozialreform, Rentenreform und die Struktur der demographischen Entwicklung. Es wurde festgestellt, dass im Jahre 2030 etwa 420 000 Menschen im produktiven Alter fehlen werden. Deshalb wurde vor wenigen Jahren das Programm der Aktiven Immigrationspolitik eingeführt. Bis jetzt wurde das Programm nicht evaluiert, doch ist es ersichtlich, dass in seinem Rahmen keine bedeutsame Anzahl an Menschen immigrierte (zwischen der zweiten Hälfte des Jahres 2003 und dem Jahre 2006 kamen über 500 Personen plus über 600 Familienangehörige, während in der gleichen Zeit insgesamt ca. 60 000 Ausländer eine dauerhafte oder langfristige Aufenthaltserlaubnis erhielten). Dieses Immigrationsprogramm verfügt also nur über eine beschränkte Handlungsfähigkeit.

Zu den bedeutendsten Aspekten, die weltweit die Migration beeinflussen, gehören vor allem limitierte Ernährungsquellen für die Bevölkerung (und daraus folgende Hungersnotfälle und Konflikte), beschränkte Trinkwasser- und Energiequellen, Urbanisation (neue Städte und vor allem Entstehung von Slums, die als potentielle Konfliktorte vorkommen), Alterung der Bevölkerung in hoch entwickelten Ländern und HIV/AIDS (an dem geografischen Beispiel von Botswana zeigte sich, dass einige Generationen in hohem Maße von der Krankheit betroffen sein werden und dadurch Klüfte in der Populationsstruktur entstehen.)

Als bedeutende Sicherheitsaspekte erscheinen Militärkräfte und externe Abwehrmöglichkeiten des Staates, innerer Bevölkerungsschutz (gegen ethnische Konflikte) und die Urbanisation. Sicherheit hat in diesem Kontext auch eine innere Dimension, nämlich wie sich einzelne ethnische Elemente auf die Sicherheit auswirken. Dabei ist notwendig, eine vernünftige Integrationspolitik durchzuführen, die eine natürliche Gesellschaftsentwicklung verfolgen wird und gleichzeitig der Steigerung von Konflikten, die beim Zusammenleben von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen entstehen, vorbeugen wird. Dabei dürfen die sekundären Aspekte der Migration nicht vergessen werden. Sei es die oben erwähnte Integration oder z.B. der Kampf gegen illegale Migration.

In beiden Ländern wird der Sicherheitsaspekt sehr intensiv betont. In der Tschechischen Republik ist dieses Phänomen aus den Programmen der politischen Parteien und den Maßnahmen, die in der Gesetzgebung angenommen werden, ersichtlich und in Deutschland kommt es zu einer ähnlichen Entwicklung. Die neue Regierung betont die Sicherheit und im Gegensatz zu der Tschechischen Republik wird Migration mehr als ein politisches Thema verstanden. In der Ebene der tschechischen Politik wird keine intensive Debatte zum Thema Migration geführt und politische Parteien äußern sich zu dieser Problematik kaum. In ihren Programmen wird Migration erwähnt, doch nur in einem geringen Maße. Sie wird vor allem in der Verbindung mit dem Thema Sicherheit und illegale Migration erwähnt. Bis jetzt wurde keine klare Migrationspolitik bis auf das Programm „Aktive Immigrationspolitik“ formuliert und es besteht in der tschechischen Politik bezüglich Migration und Einwanderung keine eindeutige Prioritätsbestimmung.

Infolge der unterschiedlichen politischen Entwicklungen kam es in den letzten Jahrzehnten in Deutschland zu unterschiedlichen Erfahrungen im Bereich der Migration. Die Prozentanzahl der Ausländer bzw. der Einwanderer ist in Deutschland höher als in der Tschechischen Republik. Die deutsche Bevölkerung besteht zu 9% aus Ausländern, die auf einer legalen Basis in Deutschland leben, zu 10% aus Bürgern mit Migrationshintergrund (eingebürgerte Ausländer, eingebürgerte Landsmannschaften und ihre Nachkommenschaft – zweite und weitere Generationen). In der Tschechischen Republik stehen solche Zahlen nicht zur Verfügung. Es kann nur der Gesamtanteil der Ausländer an der Bevölkerung verglichen werden – in Tschechien beträgt er 3%. Zudem begegnet Deutschland anderen Problemen als Folge unterschiedlicher Anfangsbedingungen (andere Legislative, andere Nationalitäten der Immigranten). Viele Herausforderungen, die

heutzutage der Tschechischen Republik bevorstehen, wurden in Deutschland schon früher gelöst. Es ist wahrscheinlich, dass Tschechien mit denselben Situationen wie Deutschland konfrontiert werden wird (besonders im Hinblick auf den Anstieg der Anzahl der langfristig und dauerhaft bleibenden Ausländer, trotz dem unterschiedlichen ethnischen Hintergrund).

Heutzutage gibt es weltweit 200 Millionen Migranten (3 Prozent der Gesamtbevölkerung, dazu kommen noch 9,2 Millionen Flüchtlinge hinzu). Die Personenanzahl der Migranten weist einen schnellen Aufstieg auf (im Jahre 1970 gab es 82 Millionen, im Jahre 2000 schon 175 Millionen Migranten, die Anzahl wächst vor allem in industriellen Ländern). Aus diesen Zahlen wird klar, dass mehr als früher die Notwendigkeit besteht, sich diesen Herausforderungen verantwortlich zu stellen.

ZIVILGESELLSCHAFT IN DER PRAXIS: STAAT VERSUS BÜRGER?

ANNETTE ZIMMER
JIŘÍ PEHE

Alexis de Tocqueville stellte anhand seiner Untersuchungen in den Vereinigten Staaten fest, dass eine gut gestaltete und aktive Zivilgesellschaft für die stabile und funktionierende Demokratie eines Staates essential ist. Heutige Demokratien begegnen mehreren Problemen, vor allem der permanent fallenden Wahlbeteiligung nicht nur in den Nationalwahlen, sondern auch in den Wahlen ins Europäische Parlament. Es stellt sich die Frage, inwieweit dieser Trend von dem Grad des Vorhandenseins und der Konsolidierung in den Zivilgesellschaften beein-

flusst wird. Ohne Zweifel erscheinen die tschechischen und deutschen Zivilgesellschaften im Vergleich als ein geeignetes Untersuchungsfeld, denn zwar haben die beiden Länder Unterschiede in ihrem geopolitischen Gewicht, doch sind sie durch ein gemeinsames historisches Erbe verbunden. Welche Struktur weist die Zivilgesellschaft in der Tschechischen Republik und in Deutschland auf? Welche Bedingungen schafft der Staat für die Zivilgesellschaft und wie ist deren Feedback?

Um diese Fragen zu beantworten fanden am 4. Dezember 2006 zwei Veranstaltungen zum Thema „Zivilgesellschaft in der Praxis: Staat versus Bürger?“ statt. Die deutsche Seite wurde von Prof. Dr. Annette Zimmer vertreten, Professorin der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Institut für Politikwissenschaft. Die Situation in Tschechien stellte Dr. Jiří Pehe, Direktor der New York University Prague, vor.

Annette Zimmer gehört zu den führenden deutschen Experten, die sich mit dem Thema Zivilgesellschaft auseinandersetzen. In der heutigen Zeit repräsentiert sie Deutschland beim European Consortium for Political Research und weiterhin ist sie Mitglied von mehreren Forschungsorganisationen wie z.B. Deutsche Vereinigung für politische Wissenschaft, Zentrum für Non-Profit-Management und Zentrum Aktive Bürgerschaft.

Jiří Pehe ist ein herausragender tschechischer Politologe, Kommentator für die Medien und Analytiker des tschechischen politischen Geschehens. Von 1988 bis 1995 arbeitete er als Analytiker und später Direktor der Mitteleuropa-Abteilung in der Münchener Redaktion des Radio Free Europe/Radio Liberty. Ab September 1997 war er Direktor der Präsidentenkanzlei unter der Präsidentschaft Václav Havels. Heutzutage hält er Vorträge an der Karlsuniversität und der New York University Prague, die er leitet.

Der Begriff Zivilgesellschaft wird sehr oft in den Mund genommen, doch gibt es für ihn keine klare Definition. Bei allen Versuchen der Definierung kann jedoch wenigstens eine klare Trennlinie festgestellt werden: es muss bei der Untersuchung zwischen einer politischen und einer nichtpolitischen Zivilgesellschaft unterschieden werden. Jiří Pehe definiert dann die Zivilgesellschaft als „die Summe des Bürgerengagements, die nicht nur in bürgerlichen Verbänden, Initiativen, Gruppen und Assoziationen (also institutionalisierten Aktivitäten) besteht, sondern alle Bürgeraktivitäten beinhaltet.

Die deutsche Zivilgesellschaft konstituierte sich nach dem Zweitem Weltkrieg neu. Aus der Zeit des Kaiserreichs verblieben gewisse Tendenzen, wie beispielsweise die Nähe zwischen Zivilgesellschaft und Staat. Dies ist die Ursache für die ungenügend entwickelte Kritik des Staats von zivilgesellschaftlichen Positionen.

Eine enge Verbindung zwischen Staat und Zivilgesellschaft ist auch in der Finanzierungsweise sichtbar. In Deutschland gibt es ca. 800 Stiftungen, doch nur ein kleiner Anteil davon wird durch private Stiftungen dargestellt (wie z.B. die Robert-Bosch-Stiftung, Bertelsmann-Stiftung u.a.). Die deutschen politischen Stiftungen, die in der Tschechischen Republik als hochbedeutende Unterstützer für Organisationen und Projekte des Non-Profit-Sektors fungieren, fördern in Deutschland nur eine begrenzte Menge von vorherbestimmten Projekten. Für einen Außenbeobachter kann dadurch die Lage der deutschen NGOs sehr verzerrt wahrgenommen werden und somit könnte er eine Vorstellung gewinnen, die mit der Realität nicht übereinstimmt.

Der aktuelle Entwicklungsgrad der deutschen Zivilgesellschaft unterscheidet sich sehr im ehemaligen West- und Ostdeutschland. Das Problem Ostdeutschlands besteht nicht nur in der kleinen Anzahl von NGOs auf der Lokalebene (Sportvereine etc.), sondern auch in der steigenden Anzahl extremistisch gesinnten Personen, die zumeist zu rechtsradikalen Parteien inklinieren. Es besteht ein dringender Bedarf an politischen NGOs, die sich mit dieser Problematik auseinandersetzen würden.

In dem gesetzlichen Rahmen, der den Bereich der Zivilgesellschaft bestimmt, fehlt es an einer Dachorganisation, die die heute existierenden Organisationen vereinen würde. Dies ist ein bedeutender Mangel der deutschen Gesetzgebung und seine Beseitigung sollte – Annette Zimmers Meinung nach – zu einer unmittelbaren Herausforderung für die deutschen Gesetzgeber werden. Debatten über die Zivilgesellschaft sollten den gesetzlichen Rahmen überschreiten und sich mehr auf die Funktion und das Niveau der Zivilgesellschaft konzentrieren. Heutzutage mangelt es an einer klaren Begriffsbestimmung von Demokratie. Wer jeweils die Hauptverantwortung trägt und wie genau die Akteure der machtpolitischen und ökonomischen Prozesse legitimiert sein sollten, ist nicht allzu klar. In der Zivilgesellschaft sollte daher eine tiefgreifende Debatte über diese Fragen entstehen.

Sowohl in der Tschechischen Republik als auch in Deutschland entwickelte sich eine mannigfaltige Zivilgesellschaft auf allen Ebenen. Trotzdem ist die

Demokratie in der Tschechischen Republik nicht dermaßen entwickelt wie in Deutschland. Wichtigerweise mangelt es an gutem Funktionieren gewisser nicht-institutionellen Mechanismen, wie z.B. des Respekts fürs Recht.

Die Form der Zivilgesellschaft in der Tschechischen Republik wurde in einem hohen Maße durch die Polemik von Václav Havel und Václav Klaus gestaltet. Klaus erkennt die Zivilgesellschaft nicht an – sie sei eine Institution ohne politische Legitimität und Verantwortung. Dagegen setzt Havel eine idealtypische Zivilgesellschaft nach dem Rousseau-Typus, und geht von der unter den Dissidenten verbreiteten Idee einer „nichtpolitischen Politik“ aus. Klaus kritisiert seinen eigenbenannten „NGOismus“ im Gegensatz zu Havel, der in der Zivilgesellschaft eine Verbindungssphäre zwischen Staat und Bürger sieht. Neben dieser Polemik spiele eine wichtige Rolle auch der Fakt, dass tschechische politische Parteien nicht aus der Zivilgesellschaft stammen, was der Normalfall in Westeuropa ist. Als Konsequenz entsteht eine Kluft zwischen Bürgern und ihrer politischen Repräsentation. Dieses Phänomen spiegelt sich auch in der Spaltung der Zivilgesellschaft wider, die sich durch hohe Aktivität im Bereich Wohlfahrt aufweist, doch zum anderen im Bereich von „Public Policy“ unterentwickelt bleibt. Vom Staat gibt es bis jetzt keine Nachfrage nach solchen Diensten. Die Kluft zwischen den Bürgern und der politischen Vertretung verursachte eine im Vergleich zu Westeuropa völlig unterschiedliche Entwicklung: Staat und Zivilgesellschaft stehen gegeneinander.

Das Hauptproblem der tschechischen Zivilgesellschaft hängt von den Förderungsmöglichkeiten ab. Bis jetzt wurden die meisten Aktivitäten aus dem Ausland finanziert, wobei insbesondere ein klarer Mangel an privaten einheimischen Unterstützungskapazitäten besteht.

Ein grundsätzliches Problem der tschechischen Zivilgesellschaft ist die Passivität der Bürger, die sich während der „Normalisierung“ tief einwurzelte. Die Tatsache, dass die Zivilgesellschaft nach der Wende von Anfang an neu gestaltet werden musste, erscheint als der größte Stolperstein für Demokratie in der Tschechischen Republik. Es ist notwendig, der politischen Elite klar zu machen, dass Demokratie von der Existenz und Entwicklung der Zivilgesellschaft lebenswichtig abhängig ist. Vor allem die junge Generation erweist heutzutage den Willen sich zu engagieren. Die Herausforderungen, eine neue aktive Zivilgesellschaft auch in der Tschechischen Republik zu gestalten, hängen von

den jungen Leuten und ihrer Bereitschaft ab, den Staat zu gegenseitiger Kooperation zu bringen, anstatt sich als Gegner gegenüber zu stehen.

Der EU-Beitritt Tschechiens und anderer mittel- und osteuropäischer Länder könnte ein Impuls dazu sein, zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu erweitern und ihre Wachstumsentwicklung zu unterstützen. Die Neugestaltung der aktiven Zivilgesellschaften könnte teilweise im Rahmen der Internationalisierung und Globalisierung verlaufen.

